

Inklusion benötigt deutlich mehr Zeit

POLITIK MdL Kai Seefried (CDU): Förderzentren werden weiterhin gebraucht

ESENS/HÄ – Das Land Niedersachsen plant die Novellierung des Schulgesetzes. Die Inklusion, das gemeinsame Unterrichten von Schülern ohne und mit festgestelltem Förderbedarf, sowie die Zukunft der Förderschulen sind in der Diskussion. Über die aktuelle Situation in der Praxis informierte sich gestern auf Einladung des geschäftsführenden CDU-Kreisvorstandes der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried, im Förderzentrum Esens sowie beim Kreiselternrat.

Die Inklusion gibt es offiziell seit 2012. Haben Eltern heute noch die Möglichkeit, ihr Kind mit festgestelltem Förderbedarf entweder in

eine allgemeinbildende Schule (Grundschule) oder in eine Förderschule zu geben, soll diese Wahlfreiheit im Bereich Lernen ab 2017 wegfallen. Der inklusive Unterricht, beginnend im ersten Jahrgang an den Grundschulen, wird per Gesetz vorgeschrieben. „Durch die erneute Beratung des Schulgesetzes rücken die Probleme bei der Umsetzung der Inklusion immer mehr in den Fokus“, sagte Seefried. Fehler seien zu korrigieren. „Und wir müssen deutlich machen, welche Bedeutung die Förderschulen haben.“ Sie seien nicht nur immer noch da, sondern sie würden auch weiterhin gebraucht, betonte der schulpolitische Sprecher in Esens. →SEITE 5



Über die Förderschulen und die Inklusion informierte sich gestern der schulpolitische Sprecher der CDU-

Landtagsfraktion Kai Seefried (4. v. r.) auf Einladung der Kreis-CDU im Förderzentrum Esens. BILD: KLAUS HÄNDEL